

Liebe Genossinnen und Genossen



im Bundestag wurde diese Woche der Antrag der Grünen auf ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch die SPD-Fraktion hat dagegen gestimmt, obwohl die Einführung eines Tempolimits seit über 10 Jahren Parteiprogramm ist.

Nun gehöre auch ich zu den Menschen, die sehr gerne schnell fahren. Und genau deshalb bin ich für ein Tempolimit. Ihr meint, das widerspricht sich? Nur bedingt. Verstandesmäßig weiß ich nämlich ganz genau, dass es idiotisch ist, zu rasen. Es erhöht den Treibstoffverbrauch und damit auch den Ausstoß schädlicher Abgase in unverhältnismäßiger Weise, es erhöht die Unfallgefahr ganz erheblich und es bringt letztendlich doch nur einen marginalen Zeitgewinn, wenn überhaupt.

Aber es macht mir halt so viel Spaß, dass ich es trotzdem tue. Auch wenn ich weiß, dass es schädlich und unvernünftig ist. Und so geht es uns doch mit vielen Dingen, bei denen wir eigentlich genau wissen, was das richtige wäre. Und tun es doch nicht, weil das andere bequemer ist, oder gewohnter, oder eben mehr Spaß macht.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

AsF im Kreis neu gegründet	2
Das Klimapäckchen – das Los des kleineren Koalitionspartners	4
Klimaschutz sozial gestalten	6
Klimanotstand ausrufen	8
Mindeststandards bei der Unterbringung von Obdachlosen	9
Fraktionsnotizen	9
Gegenentwurf öffnet Handlungsspielräume	10
Christoph Bayer: Volksbegehren muss abgelehnt werden	11
Von wegen nur mit sich selbst beschäftigt	14
Impressum	15
Vier Mio. Euro für die Kreisschulen	15
Martin Löffler wird Bürgermeister in Müllheim	16
Termine, Mitgliederstatistik	17

Insofern helfen meiner Ansicht nach die Appelle, dass doch jeder bei sich selbst anfangen kann, nur bedingt. Ich fahre seit 1,5 Jahren mit dem Fahrrad zur Arbeit (soweit das Wetter es zulässt). Dies klappt deshalb, weil es nicht nur besser ist, als mit dem Auto zu fahren, sondern auch noch wesentlich schneller. Mein innerer Schweinehund bekommt also die Motivation, die er braucht. Wir müssen dafür sorgen, dass das, was klimapolitisch richtig ist, auch bequemer oder wesentlich billiger ist. Und wo das nicht geht, muss das Falsche eben einfach verboten werden.

Insofern hätte ich mir gewünscht, dass der Antrag auf ein generelles Tempolimit angenommen wird. Auch, wenn ich es jeden einzelnen Tag verflucht hätte.

Bilf Stunede.

AsF im Kreis neu gegründet

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in Partei und Gesellschaft ist seit August Bebel ein stetes Anliegen der deutschen Sozialdemokratie. Sich diesem Ziel verpflichtet hat sich jetzt eine Initiative junger Frauen bei einem Treffen in Bad Krozingen. Anknüpfend an die Arbeit älterer Vorgängerinnen, die schon vor Jahren und Jahrzehnten mehr oder weniger erfolgreich in diesem Felde tätig waren, gründeten sie

jetzt eine kreisweite Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF).

Gleichstellung gehört zum Markenkern der SPD. Dass Männer und Frauen die gleichen Rechte haben, entspricht aber längst nicht der heutigen Lebenswirklichkeit in Deutschland. Alexandra Kenklies, Vorstandsmitglied im SPD-Ortsverein Bad Krozingen, hätte sich nach eigenem Bekunden „nie vorstellen können, mal etwas in Sachen Gleichberechtigung zu machen“. Sie habe immer gedacht, „dass ist ja schon alles erledigt“. Ihre Lebenserfahrung, aber auch die Einblicke in berufliches und privates Leben hätten sie aber gelehrt, „dass noch ganz viele Baustellen offen sind“. Nach ihrer Beobachtung seien viel zu viele Vorstandsposten von Männern besetzt, ergänzte Mitinitiatorin Christina Schwab, seit Mai SPD-Stadträtin in Bad Krozingen.



Auf die Gleichstellungsbemühungen als Daueraufgabe verwies Kreisvorstandsmitglied Clara Heckmann. Es sei schon einiges erreicht worden, aber längst nicht alles, erklärte die vormalige AsF-

Kreisvorsitzende. Es sei ein wichtiges Anliegen, „dass Frauen wieder sichtbar werden“, sagte Brunhilde Philipp. Sie war vor etwas über zwei Jahren in die SPD eingetreten - unter anderem mit der Absicht, beim Thema „Frauenarbeit“ aktiv zu werden. Sie kam dann aber zu dem Schluss, diese Initiative jüngerer Frauen zu überlassen.

Die SPD-Kreisvorsitzende Birte Könnecke begrüßte die neue Initiative und freute sich in diesem Zusammenhang über die regen Aktivitäten der sozialdemokratischen Arbeitskreise im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, so etwa auch der „AG Migration und Vielfalt“. Sie warnte aber vor einem Aktionismus, bei dem die Ansprüche zu hoch gehängt werden. Mit einer gelungenen Veranstaltung im Jahr sei schon viel erreicht. „Macht das, was euch Freude macht“, lautete ihr Appell.

Ideen und Aufgaben gebe es genug auf der Agenda, sagte Alexandra Kenklies. In diesem Zusammenhang sprach sie die Themen Frauenquote, Erziehungszeit, Rente und den „Equal Pay Day“ an, den internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern. Denkbar sei auch ein Festival mit Filmen von und über Frauen.

Es sei wichtig, dass „Frauen formulieren, was sie von der Politik erwarten“, betonte Clara Heckmann. Über entsprechende Anträge ließen sich im politischen Leben auch Veränderungen herbeiführen, nicht

zuletzt bei der Aufstellung von Wahllisten im Reißverschluss-System, betonte sie. Neben den Pflichten seien auch die Rechte zu beachten, befand Hans-Dieter Straup, Gleichstellungsbeauftragter im SPD-Kreisverband: „Das Antragsrecht ist eine ganz wichtige Möglichkeit, um Anliegen zu transportieren bis hin zu den Entscheidungsträgern.“



Nachdem in der Runde Fragen der Organisation, Zusammenarbeit und Aufgabenstellung erörtert worden waren, fand sich unter Anleitung der SPD-Kreisvorsitzenden Birte Könnecke recht schnell ein Vorstandsgremium zusammen. Vorsitzende ist Alexandra Kenklies, Elma Engesser ihre Stellvertreterin. Christina Schwabe übernimmt das Amt der Schriftführerin und Beisitzerinnen sind Barbara Philippe, Gerhild Widdess, Ulrike Falk und Brunhild Philipp.

Dass die Arbeit des AsF im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald aufgrund von dessen Ausdehnung allein verkehrsmäßig nicht einfach sein würde, darauf verwies Clara Heckmann aus der Erfahrung vergangener Jahre. Das dürfe die Jungen

aber nicht entmutigen. „Erst mal müssen wir froh sein, dass wir Frauen haben, die etwas machen wollen. Fangt klein an“, sagte sie. Nun gehe es darum, „Mitstreiterinnen zu gewinnen“, betonte die frischgebackene Vorsitzende Alexandra Kenkies.

Bernd Michaelis

Das Klimapäckchen – das Los des kleineren Koalitionspartners

Auch Dagmar und Bernd Engesser vom Ortsverein Dreisamtal haben sich intensiv mit dem Klimapaket der Bundesregierung beschäftigt. Auch sie sind unzufrieden und hätten sich mehr gewünscht. Darin sind sie sich mit Thomas Thürling einig. Allerdings können sie der Einigung in einigen Punkten etwas abgewinnen, wie sie in einer Einschätzung darlegen.

Enttäuschung! Sehr viel weniger als gewünscht, weniger als notwendig. Die im Bundeskabinett beschlossenen Maßnahmen sind unzureichend. Keine Frage.

Aber warum bekommt die SPD dafür die Prügel? Die SPD hat die sinnvollen Elemente des Pakets überhaupt erst durchgesetzt!

Ja, es gibt Sinnvolles im Klimapäckchen.

Das wichtigste ist keine konkrete Maßnahme, sondern ein **Kontrollinstrument**:

das Klimapaket soll zu einem Klimagesetz führen. Damit werden unverbindliche Versprechungen zu Vorschriften, die verbindlich einzuhalten sind. Und die Einhaltung der vorgeschriebenen Werte wird auf Druck der SPD jedes Jahr für jeden Sektor, also auch für die Bereiche Wohnen und Verkehr getrennt von externen Experten überprüft. Wer die Ziele nicht erreicht, muss nachsteuern. Damit könnten viele Forderungen der SPD in den nächsten Jahren dann von zögerlichen Unionsministern doch noch umgesetzt werden müssen.

Ein Erfolg der SPD, die allerdings darum kämpfen muss, dass dieses Kontrollinstrument in der vorliegenden Schärfe auch nach der Beratung im Bundestag und im Bundesrat nicht verwässert wird.

CO₂ bekommt jetzt endlich einen Preis, allerdings viel zu niedrig und erst ab 2021. Mehr war allerdings nicht machbar, die CDU/CSU blockte ab. Und auch die Ausgleichsmaßnahme in Form der Pendlerpauschale ist unwirksam und unsozial. Je mehr jemand zu versteuern hat, umso mehr profitiert er von der Pendlerpauschale. Menschen mit geringem Einkommen haben nichts davon. Das deutlich sozialere und vor allem wirkungsvollere Instrument der Klimaprämie wurde von der Union abgelehnt.

Dabei wäre dies eine Möglichkeit gewesen, das Vertrauen der Menschen in die Politik wieder zu stärken. Die Vorteile, sich klima-

freundlich zu verhalten, hätte jeder verstanden, wenn jeder in Deutschland Lebende, vom Neugeborenen bis zum Greis, zum 1. Januar 2020 vorab eine Gutschrift von 100 € erhalten hätte und ab gleichem Datum eine CO₂-Abgabe von 80 € pro Tonne CO₂ berechnet worden wäre. Jeder der wenig verbraucht, hätte damit sogar einen Geldvorteil gehabt.

Eine Riesenchance durch den Widerstand der Union vergeben.

Erreicht wurden Verbesserungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien: der Deckel beim Zubau von Photovoltaikanlagen fällt ganz weg. Leider wird er bei On-Shore-Windkraft nur erhöht und gleichzeitig werden strengere und unflexiblere Abstandsregelungen von 1.000 Metern zu Wohngebieten festgeschrieben. Zu Misch-, Gewerbe und Industriegebieten gelten diese Vorschriften dank der SPD aber nicht.

Rund ein Drittel des deutschen CO₂-Ausstoßes stammt von **Gebäuden**. Hier sind im Klimapäckchen eine ganze Reihe vernünftiger Maßnahmen enthalten. Allerdings ist dieses Segment sehr träge. Niemand wird beispielsweise eine funktionierende Heizungsanlage sofort austauschen, nur weil es Zuschüsse gibt. Aber die Richtung in diesem Segment stimmt.

Die meiste Kritik verdient der Bereich **Verkehr**. Schön, dass die Bahn endlich die Gelder zurück bekommt, die ihr seit Jahren vom Bund vorenthalten, ja sogar entzogen

wurden. Schön, dass die Fahrpreise sinken sollen. Aber der Ausbau des Schienennetzes dauert, viele Züge sind jetzt schon überfüllt. Die Bahn wieder attraktiv zu machen ist eine Generationenaufgabe. Sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr.

Beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wird die Bedeutung guter Buslinien und alternativer Verkehrssysteme besonders auf dem Land nicht ausreichend berücksichtigt. Und warum wird das 365 €-Jahresticket für den ÖPNV nur in 10 Städten erprobt?

Positiv ist die Veränderung bei der KFZ-Steuer und bei der LKW-Maut. Ein **Tempolimit** 120, 80, 30 km/h, das zwar nur überschaubare Reduktionen von CO₂ bewirken würde, dafür aber nichts kostet, Lärm verringert und die Verkehrssicherheit erhöht, hält der CSU-Verkehrsminister aber für „bescheuert“.

Leider bleibt es bei der unsinnigen **Dieselsubventionierung**. Diese betrug alleine 2017 8,3 Mrd. €. Für den Ausbau der E-Mobilität wurden von 2009 bis 2017 insgesamt 5,3 Mrd. ausgegeben. Würden die Gelder der Dieselsubventionierung vollständig in den Ausbau der E-Mobilität gesteckt, hätten wir sehr schnell ein attraktives Nutzungsumfeld für E-Mobile.

Damit diese aber wirklich umweltfreundlich sind, muss deutlich schneller aus der Kohleverstromung ausgestiegen werden als jetzt vorgesehen. Dies ist möglich, wenn das Potential der erneuerbaren Energien besser genutzt wird. Beispielsweise

könnten Verkehrsflächen (Parkplätze und Straßen) mit PV-Modul-Trägersystemen überbaut werden, wodurch riesige Flächen zur Verfügung stünden. Damit die gewonnene Energie gespeichert werden kann, müssten Speichersysteme (Akkumulatoren, Elektrolysatoren) eingesetzt werden. Hier wären Fördergelder des Bundes notwendig und schnell wirksam.

Elektromobilität bietet sehr gute Wirtschaftsperspektiven. Die europäische Kommission sieht ein Wertschöpfungspotential der Batterietechnologie und E-Mobilität von 259 Mrd. € pro Jahr und einen Bedarf von 3 Millionen Arbeitsplätzen in Europa.

Leider verhindert das unsinnige Festhalten an der „schwarzen Null“ die dafür notwendigen Investitionen. Investitionen, die sich innerhalb überschaubaren Zeiträumen refinanzieren würden.

Aber das alles ist mit der Union nicht zu machen.

Wie schwierig es ist, gegen den großen Unionsblock in einer Koalition etwas zu erreichen, mussten übrigens auch die Grünen bei den wegen der FDP gescheiterten Koalitionsgesprächen erleben. Das, was die Grünen im Entwurf des Koalitionsvertrags festschreiben konnten, war weniger als das, was die SPD jetzt erreicht hat.

Es ist dringend Zeit, Regierungsmehrheiten jenseits der CDU/CSU zu erreichen!

Dagmar und Bernd Engesser

Klimaschutz sozial gestalten

Die Kritik, dass mit dem Ziel einer Treibhausgas-Neutralität bis 2050 das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung aufgeweicht werde, teilt Rita Schwarzelühr-Sutter nicht. Hier gehe es um Gestaltungsspielräume, stellte die SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin im Umweltministerium am Tag nach der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes durch das Bundeskabinett fest. Bei einer Veranstaltung in der Söldener Saalenberg-Halle sprach sie zum Thema „Klimaschutz sozial gestalten“.



Entscheidend sei doch, dass mit diesem Klimaschutzgesetz zum ersten Mal gesetzlich verbindlich vorgeschrieben werde, wie viel CO₂ jährlich in den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft ausgestoßen werden darf: „Am Ende muss der Umbau in eine klimaneutrale sozial-ökologische Gesellschaft bis 2050 gelingen. Da stehe ich

voll dahinter, weil wir keinen Planeten B haben“.

Akzeptanz für dieses Gesetzes in der Bevölkerung erreicht man nur, wenn die Politik darauf achtet, „dass die Menschen weiter ihre Brötchen verdienen können.“ Der Strukturwandel braucht Zeit und kann nur in einem gesellschaftlichen Konsens gelingen. Dazu braucht es aber flexible Handlungsspielräume. Trotzdem muss bis 2050 eine 100-prozentige Klimaneutralität erreicht werden. Das gilt auch für das völkerrechtlich verbindliche Klimaziel 2030 von „minus 55 Prozent weniger CO₂-Emissionen gegenüber 1990“.

Nach Rita Schwarzelühr-Sutter ist natürlich ein Bewusstseinswandel nötig, aber sie warnte vor Alarmismus. Wir müssen ohne staatlichen Zwang aus der Komfortzone herauszukommen und eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise finden.

Weltweit ist Deutschland auf Platz 6 der größten CO₂-Emittenten und hat deshalb einen entscheidenden Einfluss auf den Klimawandel. „Wir werden nicht einfach so weitermachen können wie bisher. Wir wollen auch niemanden bestrafen. Wir wollen, dass die Leute umsteigen“, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter. Ein klimagerechter Umbau von privat genutztem Eigentum werde deshalb steuerlich gefördert. Für den Umstieg von Ölheizung werde eine Austauschprämie bezahlt. 2026 werden Ölheizungen in Neubauten dann verboten. Durch eine moderate CO₂-Bepreisung soll

der Verbrauch von Heizöl und Erdgas sozialverträglich gedrosselt werden.

Von den neun natürlichen Belastungsgrenzen sind vier bereits überschritten: beim Klimaschutz, beim Artenschutz, bei der Landnutzung sowie beim Stickstoff- und Phosphorkreislauf. Der Planet kann sich in diesen Bereichen nicht mehr regenerieren. Deshalb wurde im Pariser Klimaschutzabkommen verbindlich festgeschrieben, dass die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C, besser 1,5°C begrenzt werden muss.



Den Sozialdemokraten war dabei wichtig, bis 2030 die Stromproduktion zu 65 Prozent aus erneuerbaren Energien zu realisieren. Der ÖPNV muss durch Bundesmittel ausgebaut und durch Senkung der Mehrwertsteuer für die Bahn attraktiver werden. Die Kfz-Steuer ist an den CO₂- Ausstoß zu koppeln. Fossile Kraftstoffe müssen verteuert werden. Im Gegenzug schafft eine höhere Pendlerpauschale sozialen Ausgleich. Weitere Maßnahmen im Bereich Verkehr sind einen höhere LKW-Maut, eine Million öffentlicher Ladepunkte für E-Autos und eine Verlängerung der Kaufprämien-Laufzeit für E-Autos. Bis 2030 sollen

zwischen 7 bis 10 Millionen Elektroautos auf deutschen Straßen fahren.

Die SPD konnte sich einen höheren CO₂-Preis vorstellen, wollte aber bei dem Kompromiss auch auf die Sozialverträglichkeit achten. Dies wäre mit einem Einstiegspreis von 35 Euro je Tonne schwierig.

Die Diskussion drehte sich unter anderem um die Frage eines Tempolimits, das die SPD bereits 2009 auf ihrem Hamburger Bundesparteitag beschlossen hat, dem die Staatssekretärin aber eher einen Symbolwert beimaß. Kritik gab es an der Förderung der E-Mobilität wegen der mit Umweltzerstörung einhergehenden Lithium-Rohstoffgewinnung.

Weitere Fragen und Diskussionsbeiträge betrafen in vielen Fällen genau die Thematik des Abends: Wie kann man erfolgreich das Klima schützen ohne vor allem die kleinen Leute über Gebühr zu belasten.

Bernd Michaelis

Klimanotstand ausrufen

Die SPD-Fraktion im Kreistag Breisgau-Hochschwarzwald hat den Antrag eingebracht, für den Landkreis den Klimanotstand zu erklären. Der Antrag geht auf zwei Initiativen zurück: Sowohl unsere Jusos, wie auch die Linke Liste haben unabhängig voneinander entsprechende Texte vorbe-

reitet. Der jetzt eingereichte Antrag wurde dann aus diesen Dokumenten entwickelt.

Das Ziel dieses Antrags ist nicht etwa Alarmismus oder Symbolpolitik. Der Kern ist vielmehr, dass jede Planung oder Initiative im Kreis künftig auf seine Auswirkung auf das Klima geprüft und bewertet wird. Das Ergebnis dieser Prüfung wird dann Teil der Beratungsunterlagen und fließt so in die Entscheidungen des Kreistages ein. Dies gilt im Besonderen natürlich für die derzeitigen Planungen zum Neubau eines Landratsamtes.



Weitere Ziele des Antrags sind die Unterstützung kommunaler und privater Initiativen zur umweltfreundlichen Energieerzeugung und des Kompetenzzentrums Regenerative Energien im Regierungspräsidium Freiburg. Darüber ist von der Landrätin jährlich Bericht zu erstatten.

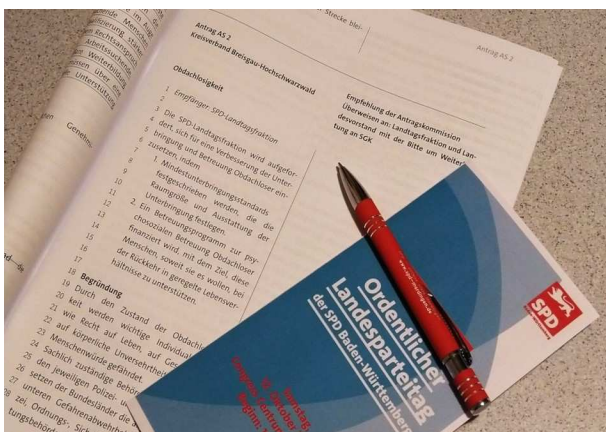
Der Antragstext im Wortlaut kann auf unserer Webseite nachgelesen werden.

Oswald Prucker

Mindeststandards bei der Unterbringung von Obdachlosen

Zum Landesparteitag in Heidenheim haben wir einen Antrag an die Landtagsfraktion eingebracht, der Mindeststandards für die Unterbringung von Obdachlosen zum Ziel hat und eine bessere Betreuung dieser Menschen fordert.

Die Kommunen werden mit diesem schwierigen Thema derzeit weitestgehend alleine gelassen und während viele Gemeinden sich hier redlich bemühen, fahren andere ganz klar eine Abschreckungsstrategie. Das haben wir beim Besuch einer Unterkunft vor einiger Zeit wieder einmal festgestellt und das wollen wir ändern.



Das letztendliche Ziel ist aber natürlich nicht die reine Unterbringung dieser Menschen. Wir wollen ihnen auch die Möglichkeit geben, in ein geordnetes Leben zurückzukehren. Das geht nur mit deutlich besserer Betreuung.

Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die Landratsfraktion und die Weiterleitung an die SGK. Das ist auch unser Wunsch und wir versprechen, dass wir an diesem wichtigen Thema dranbleiben werden.

Oswald Prucker

FRAKTIONSNOTIZEN

Zu Beginn einer Legislaturperiode sind eine ganze Reihe von Aufgaben zu verteilen. Hier einige Beispiele:

Kreisvorsitzende **Birte Könnecke** wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden des **Sozial- und Krankenhausausschusses** gewählt.

Kreisrat **Martin Löffler** wird den Kreis im Verwaltungsausschuss der **Agentur für Arbeit** vertreten.

Oswald Prucker ist stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der **Helios Kliniken**.

Helmut Schöpflin und **Oswald Prucker** sind Mitglieder des **Regionalverbandes Südlicher Oberrhein**.



Gegenentwurf öffnet Handlungsspielräume

Den Artenschutz weiterbringen, aber auch der kleinbäuerlichen Landwirtschaft Entwicklungsperspektiven bieten: das ist das Anliegen des Anfang Oktober im Landtag eingereichten Volksantrages des Badischen Landwirtschaftliche Hauptverbandes (BLHV), Landesbauernverbandes, Badischen Weinbauverbandes und Landesverbandes Erwerbsobstbau als Gegenentwurf zum Volksbegehren „Pro Biene“.

Die Forderungen des Vplksbegehrens sind zwar für gut gemeint, aber nicht umsetzbar. Sie passen nicht zu den bäuerlichen Landschafts- und Erwerbsstrukturen. So die Meinung der Landwirte und ihrer Verbände. Wir suchten in der Debatte das Gespräch mit führenden Vertretern von Landwirtschaft und Weinbau weil wir die Einwände der Bauern ernst nehmen. Umweltschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht allein auf die Bauern abgewälzt werden, betonte die SPD-Kreisvorsitzende und Tierärztin Birte Könnecke in Gottenheim.

Ein Pestizidverbot, das ein Drittel der Anbaufläche betrifft, ist kontraproduktiv. Auch harmlose, aber im Bio-Landbau notwendige Pflanzenschutzmittel fallen zum Beispiel unter das Verbot, kritisierte der Agraringenieur und Nebenerwerbswinzer Bernhard Stehlin. Eine Ausdehnung

des Ökolandbaus auf 50 Prozent der Fläche geht am Markt vorbei.

Wenn die hiesigen Landwirte aber keine marktfähige Ware mehr produzieren könnten, kämen in der Folge immer weniger regionale Produkte auf den Markt, stattdessen noch mehr Ware aus dem Ausland, die bei niedrigen Ökostandards zum Teil mit deutlich mehr Pflanzenschutzmittel behandelt ist und klimaschädliche Transporte verursacht, heißt es in dem Volksantrag.

Kilian Schneider, Präsident des Badischen Weinbauverbandes, bedauerte, dass selbst die Initiatoren von „Pro Biene“ beim derzeitigen Stand des Verfahrens nun nichts mehr an ihrem Antrag ändern könnten und mithin im Vorfeld ein Kompromiss mit den Bauern nicht mehr möglich sei.



Es braucht eine „Koalition der Willigen“, sagte BLHV-Kreisvorsitzender Friedbert Schill. Der gegenläufige Volksantrag zielt deshalb auch darauf ab, das Parlament handlungsfähig zu machen und sich der Frage zu öffnen, mit welchen Lösungen

Landwirte und Winzer leben könnten. „Wie schaffen wir es, im Bereich des Lebensmittelhandwerks die überbordende Regulierungswut, die Praxisferne, gelegentliche Willkür, Unsinnigkeit und Unbeständigkeit im EU-Verordnungswesens einzudämmen“, fragte Schill. Das sei „falsch verstandener Verbraucherschutz.“ Mittlerweile habe sich ja schon ein Bündnis gebildet von Leuten, denen Natur und Landwirtschaft gleichermaßen am Herzen liegt, sagte der Nebenerwerbswinzer Helmut Schöpflin aus Eichstetten. Man müsse diejenigen Lösungen suchen, die für Baden-Württemberg vernünftig sind. Unangemessene Auflagen führen letztlich dazu, dass Nebenerwerbslandwirte ihre Betriebe aufgeben und ihre Grundstücke zum Nachteil der Kulturlandschaft offen lassen, gab Michael Schmidle, der Vorsitzende der Winzergenossenschaft Gottenheim zu bedenken.

Dass die Zielsetzungen des Volksbegehrens zur Sicherung der Artenvielfalt grundsätzlich zu billigen sind, war in der Gesprächsrunde unstrittig. Doch sind, wie es im Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion heißt, nicht alle Forderungen gleichermaßen sinnvoll und nötig. Die Reduzierung der Pestizide müsse für die Landwirtschaft nachvollziehbar und wirtschaftlich umsetzbar sein, legte die SPD-Landtagsabgeordnete Gabi Rolland dar. Es sei wichtig, dass die Landwirte und Winzer in ihrem Antrag darlegten, „wie weit sie gehen wollen“, zeigte sich überzeugt. Und das funktioniere nur „auf der Grundlage harter

Fakten und konkreter Vorschläge“. Mit einem eigenen Gesetzentwurf könne die Landesregierung dem Volksbegehren den Wind aus den Segeln nehmen.

In Deutschland „müssen weiterhin vernünftige Lebensmittel produziert werden können“, betonte Birte Könnecke. Das erfordert ein Miteinander aller Beteiligten und das wird mit den Forderungen des Volksbegehrens verhindert.

Bernd Michaelis

Christoph Bayer: Volksbegehren muss abgelehnt werden

Unser früherer Abgeordneter Christoph Bayer nimmt zum Volksbegehren „Für mehr Artenschutz - Rettet die Bienen“ Stellung.



Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe ehemaligen Fraktionskolleginnen und Kollegen,

Wenig ist momentan politisch so umstritten wie das Volksbegehren „Rettet die

Bienen“. Seit dem Streit um das Kernkraftwerk Wyhl habe ich in unserer Region im ländlichen Südbaden keine vergleichbare Bewegung mehr beobachtet.

Anlass und Ausgangslage sind unstrittig dramatisch: In den letzten 30 Jahren hat die Biomasse von Insekten um 75% abgenommen. Die Hälfte der Wildbienen (eigentlich müsste es aus diesem Grund heißen: „*Rettet die Wildbienen*“) steht auf der roten Liste. Am Bodensee sind ein Viertel der Vögel verschwunden. Die Frage ist *wie*, bzw. *wie radikal* muss auf das dramatische Artensterben politisch reagiert werden. Die Herausforderung besteht darin, den Schutz der Artenvielfalt mit dem Schutz der Kulturen zu verbinden.

Anders als in Bayern, wo vorab ein intensiver Dialog mit allen betroffenen Gruppen stattgefunden hat, wurde in Baden-Württemberg diese Auseinandersetzung offensichtlich versäumt und ein Gesetzentwurf als Volksbegehren vorgelegt, der in einigen Punkten die Vorlage aus Bayern noch verschärft und letztlich Maximalforderungen formuliert.

Das Volksbegehren verfolgt die richtigen Ziele, hat aber in der deren Umsetzung gravierende Mängel, die sich in folgenden Punkten zusammenfassen lassen. (Siehe auch die Einlassungen von verschiedenen WissenschaftlerInnen der Uni Hohenheim.)

— Es fehlt ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz. Adressat können nicht nur die

5% Bauern, sondern müssen 100% Gesellschaft sein.

- Es gibt Studien, die zeigen, dass es für die Biodiversität gar nicht so wichtig ist, ob konventionell oder biologisch gewirtschaftet wird. Entscheidend ist die STRUKTUR der Landschaft. (Ackerrandstreifen, Gräben, Feldgehölze).
- Das Grünland (immerhin 50% der landwirtschaftlichen Nutzfläche) wird überhaupt nicht thematisiert.
- Die Forderungen sind zu sehr auf die Pestizide verengt. Diese sind sicherlich *ein* wichtiger Faktor für das Artensterben, sie aber zum Kern des Problems zu erklären, das gibt die Datenlage nicht her.
- Ein weiterer Kritikpunkt ist das geforderte Pauschal-Verbot *sämtlicher* Pflanzenschutzmittel und Biozide in Schutzgebieten. Mein ehemaliger Wahlkreis, der Kaiserstuhl, wäre in extremer Weise betroffen; Weinbau dort nicht mehr möglich.
- Die in vielen Bereichen und Regionen angebahnte und im Aufbau begriffene Kooperation von Umweltschützern und Landwirten wird konterkariert. So befürchtet auch Dr. Peter Rosenkranz, Leiter der Landesanstalt für Bienenkunde, dass eine Unterstützung des Volksbegehrens durch die Imkerverbände diese Zusammenarbeit untergraben und gerade in den Obst- und

Weinanbaugebieten alte Gräben wieder aufreißen wird.

- Ansätze, die versuchen, Vorteile der konventionellen und der ökologischen Landwirtschaft miteinander zu vereinen und deren jeweiligen Nachteile so weit wie möglich zu reduzieren, werden durch die im Volksbegehren formulierten Maximalforderungen zu Nichte gemacht.

Die Ängste, Sorgen und Nöte der Landwirte sind nicht vom Himmel gefallen. Viele Bauern haben eine nicht unbegründete Existenzangst. Das „Höfesterben“ der letzten Jahrzehnte hat viele Gründe. Ohne die bestehenden bürokratischen Hemmnisse kleinreden zu wollen, muss hier aber auch auf eine verfehlte EU-Agrarpolitik hingewiesen werden.



Die bestehenden Freihandelsverträge fördern die Agrar- und Chemieindustrie, nicht aber die kleinen Höfe. So meint Axel Mayer, Geschäftsführer des BUND Südlicher Oberrhein, die Bauern sollten sich gegen die Chemielobby stellen und den Schulterschluss mit besorgten Umweltschützern führen. Sie könnten eine Interessengemeinschaft sein.

Fazit: Die positive Wertung der Ziele und die fachpolitische Beurteilung aus dem Blickwinkel des Natur- und Artenschutzes ist das Eine, die politische Gesamtbewertung das Andere.

Gut gemeint, schlecht gemacht, falsche Prioritäten, Maximalforderungen, mangelhafter Dialog im Vorfeld und das völlige Fehlen eines gesellschaftlichen Ansatzes muss m.E. dazu führen, dass die SPD (Landtagsfraktion und Landespartei) ihre vorschnelle Unterstützung des Volksbegehrens überdenkt und revidiert.

Man kann und muss die inhaltliche Zielrichtung natürlich unterstützen. Da es aber nun einmal nur in *dieser* Form zur Abstimmung gebracht werden kann, muss es abgelehnt werden.

Christoph Bayer

Mitglied des Landtags 2001 – 2016 (2001 - 2011 Mitglied im Agrarausschuss), Mitglied im BUND

HINWEIS

Mittlerweile ist Schwung in die Sache gekommen und die Landesregierung hat einen Kompromissvorschlag eingebracht, den auch die Initiatoren des Bürgerbegehrens für prüfenswert halten.

Dennoch läuft das Volksbegehren natürlich und deshalb ist Christoph Bayers Text und unser Bericht davor nach wie vor aktuell.

Von wegen nur mit sich selbst beschäftigt

Es wird ja derzeit gerne und oft behauptet, die SPD würde sich nur mit sich selbst beschäftigen. Nun muss ja nicht unbedingt stimmen, was gerne und oft wiedergekaut wird und im Fall der SPD ist das schlicht auch grottenfalsch. Bestes Beispiel: Unser Landesparteitag vom letzten Samstag im aus unserer Sicht (und nur aus unserer Sicht – siehe oben) doch reichlich abgelegenen Heidenheim.

Es ging um Inhalte: Die Themen Pflege, Klimaschutz, Prostitution standen sehr vordringlich auf der Tagesordnung und nahmen einen großen Teil der Debatte ein. Mit uns selbst haben wir uns dann natürlich auch noch beschäftigen müssen: Es standen Wahlen zu Bundesparteitag, Parteikonvent und Antragskommission an. So will es das Statut.



Zum Thema **Pflege** brachte der Landesverband einen umfangreichen Leitantrag ein, der nach ausführlicher Diskussion und mit einigen Änderungen mit sehr großer Mehrheit beschlossen wurde. Der Beschluss

kann im Detail auf spd-bw.de nachgelesen werden. Hier soll nur erwähnt werden, dass sowohl Alexander Jorde, der wohl meist-beachtete Krankenpfleger zur Zeit, wie auch Roland Sing, Landesvorsitzender des Sozialverbands VdK, sehr lobende Worte zu diesem Antrag und seinen Ideen fanden.



Das Thema **Klimaschutz** und die Diskussion dazu stand natürlich ganz im Zeichen der Koalitionsbeschlüsse in Berlin und die Delegierten sparten nicht mit Kritik am Klimapaket. Viele Diskussionsbeiträge forderten mehr Mut und betonten aber gleichzeitig die gerade für Baden-Württemberg essentielle wirtschaftlich und soziale Komponente des notwendigen Wandels. Auch dieser Beschluss findet sich auf der Webseite des Landesverbandes

Die Antragsinitiative zum Thema Prostitution fußt auf der Tatsache, dass Deutschland zum Bordell Europas geworden ist und tausende von Frauen aus Osteuropa zu Zwangsprostituierten gemacht wurden. In einer sehr emotional und doch mit großer Gewissenhaftigkeit geführten Diskussion hat sich schließlich ein Antrag für ein Sexkaufverbot in Deutschland durchgesetzt

der auf das „nordische Modell“ setzt: Freierbestrafung, Entkriminalisierung der in der Prostitution Tätigen und Ausstiegshilfen für Prostituierte und Freier gehören dazu.



Die Reden von Andreas Stoch und Lars Klingbeil spannten ähnliche inhaltliche Bögen, wobei Klingbeil natürlich auf den Prozess der Vorsitzendenkür einging. Viel Kritik gab es eingangs daran, aber die Kandidatenduos haben in den 23 Regionalkonferenzen über 30.000 Menschen erreicht und über 200.000 haben die Livestreams im Netz dazu angeschaut. Eine fantastische Innenwirkung.



Wir freuen uns schließlich, dass bei den Wahlen unsere Vorsitzende Birte Könnecke wieder in die Antragskommission der Landespartei gewählt wurde und auch ein

gutes Ergebnis bei den Wahlen der Delegierten für den Bundesparteitag erzielen konnte.

Oswald Prucker

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke
SPD Regionalzentrum,
Merzhauser Straße 4
79100 Freiburg

Redaktion:
Oswald Prucker
Birte Könnecke

redaktion@spd-breisgau-
hochschwarzwald.de

Vier Millionen Euro für die Kreisschulen

Den Digitalpakt Schule hat die SPD-Bundestagsfraktion gegen teils erbitterten Widerstand der Union in der Groko und später dann der Länder im Bundesrat durchgesetzt. Allen voran war Ministerpräsident Kretschmann und seine grün-schwarze Regierung strikt dagegen, dass der Bund die digitale Bildung in den Schulen fördert. Sie beharrten lange darauf, dass Bildungspolitik reine Ländersache ist.

Am Ende hat sich die SPD durchgesetzt und jetzt fließt Geld. Alleine rund vier Millionen Euro wird es für die Schulen in der Träger-

schaft des Landkreises geben. Bei den Mittelzentren kommen ebenfalls gut 2,5 Millionen Euro zusammen.

Gemäß des Gesetzes darf das Geld nur für technische Infrastruktur und Endgeräte ausgegeben werden. Diese Regelung ist vernünftig, denn damit greift der Bund eben nicht in die Bildungshoheit der Länder ein. Die pädagogische Ausgestaltung der digitalen Bildung bleibt bei den Landesregierungen.



Gemäß der letzten Sitzung des Schul- und Kulturausschusses werden bei den Kreisschulen zunächst Projekte für das Martin-Schongauer-Gymnasium Breisach, das Markgräfler Gymnasium Müllheim und die Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt eingebracht.

Wir drücken für die Bewilligung die Daumen, wünschen auch allen anderen Schulträgern im Landkreis viel Erfolg und freuen uns über diese für den Kreis sehr

hilfreiche und bitter notwendige Förderung, die es tatsächlich so ohne die Große Koalition und die SPD nicht geben würde.

Oswald Prucker und Birte Könnecke

Martin Löffler wird Bürgermeister in Müllheim



Die Bürgermeisterwahl in Müllheim wurde im ersten Wahlgang entschieden. Wir gratulieren Martin Löffler zu seiner Wahl und bedanken uns bei Raphael Fechler für seinen großen Einsatz in den letzten Wochen. Wir verbinden beides mit der Hoffnung, dass die vielen wichtigen Aspekte und Ideen des Wahlkampfes sich für die Müllheimer Bürgerinnen und Bürger bald positiv auswirken werden.

Oswald Prucker

Termine, Termine

Stammtische

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

Montag, 11. November
und Dienstag, 10.

Dezember immer um 19
Uhr im Elsässer Hof,
Breisach.



Hochschwarzwald

Immer am Mittwoch und zwar am 23.
Oktober und am 27. November jeweils um
19.30 Uhr und immer im Hotel Jägerhaus,
Postplatz 1-2, Titisee-Neustadt.

Breisgau

Am 14. November ab 19:30 Uhr im Bolando,
Bollschweil und am 12. Dezember um 19:30
Uhr im Gasthaus Adler in Offnadingen.

Mitgliederstatistik

Im September ist unser Mitgliederbestand
leider von 873 auf 870 gesunken.

Wir freuen uns über drei Neumitglieder,
davon eines im Juso-Alter, trauern um
einen Todesfall und bedauern fünf
Austritte.

Von unseren Mitgliedern sind rund zwei
Drittel Männer und ein Drittel Frauen.



**SCHON
ABGESTIMMT?**

... bis 25. Oktober!

#UNSERESPD
JETZT ENTScheiden
WIR DIE ZUKUNFT

